

Haushaltsrede, SPD-Regionalfraktion, stellv. Fraktionsvorsitzende Andrea Klöber in der Regionalversammlung am 26. Oktober 2022

-- Es gilt das gesprochene Wort --

Anrede,

Ich neige eigentlich nicht dazu, in der Regionalversammlung aus sozialdemokratischen Klassikern zu zitieren, aber diesmal passt die Grußbotschaft von Willy Brandt an die Sozialistische Internationale aus dem Jahr 1992 ausgesprochen gut, wie ich finde:

„Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“

Als wir in den Haushaltsberatungen vor einem Jahr zahlreiche wichtige Beschlüsse auf den Weg gebracht haben, hat sich sicherlich keiner von uns vorstellen können, welche Ereignisse uns in diesem Jahr noch ins Haus stehen würden.

Der brutale und völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat in Deutschland und Europa zu einer Zeitenwende geführt und das mit direkten Auswirkungen auf unsere Region. Das bezieht sich nicht nur auf die gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise, sondern auch auf die erneut gestörten Lieferketten. Die Auswirkungen gehen diesmal tiefer als während der Pandemie und sind in ihren Folgen abschließend noch gar nicht abschätzbar.

Das vergangene Jahr wurde von der Regionalverwaltung und der WRS dazu genutzt, um unsere Beschlüsse zu den Themen KI und Wasserstoff auszuarbeiten. Außerdem wurden die Untersuchungen zur Erweiterung und zum Ausbau des S-Bahn Angebots gestartet. Deren Umsetzung erfolgt nun mit dem Haushalt für das kommende Jahr bzw., wenn die Untersuchungen abgeschlossen sind.

Dies ist auch der Grund, warum sich meine Fraktion, wie offensichtlich andere auch, in diesem Jahr mit der Anzahl der gestellten Anträge zurückgehalten hat. Erst wenn die Projekte des letzten Jahres gestartet sind und die Ergebnisse der Untersuchungen zum S-Bahn Ausbau vorliegen, ist wieder die Zeit zum Priorisieren bzw. Nachjustieren.

Aber manche Themen dulden keinen Aufschub und können deshalb nicht ins kommende Jahr verschoben werden. Denn an den Herausforderungen für unsere Region hat sich ja nichts geändert: die Transformation unserer Industriegesellschaft, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die Verkehrswende und der Klimawandel. Und diese Themen greifen wir mit unseren Anträgen auf.

Mit dem Beschluss der Regionalversammlung, sich im Bereich künstliche Intelligenz zu engagieren, haben wir bereits einige wichtige Weichen gestellt. Unsere Fraktion konnte sich kürzlich in Ehningen bereits einen ersten Überblick über die dortigen Planungen der Quantum Gardens machen. Auf dem Gelände soll in Zukunft ein modernes Arbeits- und Wohngebiet direkt am Hochtechnologiestandort rund um den

ersten und einzigen kommerziell nutzbaren Quantencomputer Europas entstehen. Wir regen daher an, dass die WRS prüft, inwiefern sie Startups aus dem Bereich Quantencomputing und KI bei der Findung von Räumlichkeiten am Hochtechnologiestandort Ehningen auf dem IBM Campus vermittelnd zur Seite stehen und dadurch die Gemeinde Ehningen dabei unterstützen kann, solche Startups für diesen Standort zu gewinnen. Wenn die Transformation unserer Wirtschaftsstrukturen gelingen soll, müssen wir jede Chance ergreifen, die sich uns bietet. Und da kann der Quantencomputer ein Baustein sein. Denn wir müssen unsere Industrie breitest möglich diversifizieren.

Wir müssen den Beschäftigten Angebote machen, damit sie in diesem Prozess nicht verloren gehen. Deshalb sind wir Herrn Dr. Rogg und seinem Team besonders dankbar, dass es ihnen gelungen ist, mit Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Q-Guide Region Stuttgart ins Leben zu rufen. Weiterbildung und Qualifizierung ist einer der Schlüssel zum langfristigen Erfolg für unsere Region. Sie gibt den Menschen Perspektiven und der Wirtschaft die neuen Fachkräfte, die sie so dringend braucht. Denn der Fachkräftemangel ist längst in unserer Region angekommen. Und nicht nur bei hoch-spezialisiertem Personal, sondern auch bei einfachen Tätigkeiten.

Einer der Gründe, warum wir nur schwer Fachkräfte finden, ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Die Wohnungsversorgung in unserer Region entwickelt sich seit Jahren zu einer großen sozialen Herausforderung. Immer größer werdende Teile der Bürgerschaft sind aufgrund begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Die Preissteigerungen bei der Wohnraumerstellung und daraus resultierende Mietpreise sind für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr bezahlbar. Ohne Sicherstellung eines erheblichen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und ohne höhere öffentliche Förderung drohen gesellschaftlich große Verwerfungen. Nun baut die Region selbst keine Wohnungen, aber mit der IBA haben wir ein Instrument, um hier zumindest beispielhaft zu wirken. Deshalb wollen wir die Geschäftsstelle beauftragen, gemeinsam mit der IBA ein jährliches Berichtswesen zum jeweils aktuellen Stand der IBA Projekte zu erstellen. Neben energetischen und verkehrlichen Fragestellungen sollen v.a. Fragen der geplanten Nutzungsmischung für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei der Wohnraumbereitstellung und die Anteile geförderten Wohnungsbaus für ökonomisch Schwächere explizit dargelegt werden.

Die Europäische Metropolregion ist ja keine neue Erfindung, aber eine, um die es in den vergangenen Jahren ziemlich still geworden ist. Auch hier stehen die gleichen Herausforderungen an, denen sich der Verband Region Stuttgart gegenüber sieht. Unter anderem deshalb lohnt es sich aus unserer Sicht nun, die Kräfte zu bündeln und die Zusammenarbeit zu systematisieren. Es sollen strukturierte Abstimmungs- und Steuerungsformate zwischen den Akteuren unserer und anderer Regionen der EMRS aufgebaut sowie ein Berichtswesen zur regelmäßigen Diskussion in den Gremien des VRS eingerichtet werden. Die Verwaltung ist aufgefordert, zusammen mit unseren Partnern den dafür notwendigen Finanzbedarf zu ermitteln.

Wie schon Herr Dr. Lahl in seiner Haushaltsrede gesagt hat, ist die Verkehrswende ein wesentlicher Baustein für die Erreichung der Klimaziele. Für eine erfolgreiche regionale Verkehrswende braucht es aus Sicht der SPD als Grundvoraussetzung eine Mischung aus einem guten Angebot, guten Takten und einem attraktiven Preis. Zu den Themen Angebot, sprich Streckenausbau, und zum Thema Takt laufen ja noch die Untersuchungen. Beim Thema attraktiver Preis geht es jetzt, dank der Bundesregierung, endlich voran. Ich sehe wohl, dass das 9- bzw. 49-Euro-Ticket die

ÖPNV-Tariflandschaft in Deutschland quasi vom Kopf auf die Füße gestellt hat und dass viele, auch hier in diesem Gremium, um ihren Einfluss fürchten. Ich teile diese Sorge ausdrücklich nicht, vielmehr bin ich der Bundesregierung dankbar, dass sie mit ihrem Vorschlag den überfälligen Impuls - und das nötige Geld - gebracht hat, um den gordischen Knoten zu durchschlagen. Damit ist es endlich gelungen, all die Blockaden und Bremser, die wir seit vielen Jahren in unserer Region hatten, wenn es um das Ziel einer attraktiven, sprich bezahlbaren, Preisgestaltung für unsere Fahrgäste ging, mit einem Schlag verschwinden zu lassen.

Wenn nun aber ein bundesweites Angebot als 49 Euro-Ticket eingeführt sein wird, ist es an der Zeit, die VVS-Tarifstruktur im Hinblick auf Ihre Logik, Konsistenz und Übersichtlichkeit zu überprüfen. Der Tarifdschungel kann und muss gelichtet werden. Denn eine Lehre aus dem Experiment des 9 Euro-Tickets war doch, dass ein Booster für mehr Fahrgäste in Bussen und Bahnen nicht nur der Preis, sondern auch die Einfachheit des Angebots war. Man ist einfach in Berlin oder Hamburg in den Bus oder die U-Bahn eingestiegen und musste sich nicht um Zonen und Ringe kümmern.

So wie man sich, übrigens schon seit Langem, in Hamburg oder München genauso wenig darum kümmern muss, ob man in der S-Bahn in der richtigen Klasse sitzt. Wir halten die erste Klasse nach wie vor für einen Anachronismus, der im ÖPNV nicht mehr in die Zeit passt. Und die Fahrgastzahlen geben uns recht: Eine durchschnittliche Auslastung an Werktagen von 2,7 Prozent – bei solchen Zahlen würden CDU, Freie Wähler, FDP und die Grünen bei anderen ÖPNV-Angeboten sofort die Sinnfrage stellen und deren Einstellung fordern. Wollen wir uns diese Geldverschwendung für einige wenige Fahrgäste zulasten aller im ÖPNV wirklich in Zukunft noch leisten?

Aber wenn es um alle Fahrgäste in der S-Bahn geht, müssen wir leider auch wieder über ein Thema sprechen, das uns in diesem Sommer erneut beschäftigt hat. Die verpatzte Stammstreckensperrung mit der wiederholten Einstellung des Verkehrs auf der Panoramabahn. Die Ursachen sind noch nicht geklärt, aber eines ist klar: ein weiteres Mal können wir uns, aber vor allem die Verantwortlichen der S-Bahn und von DB Netz, dieses Desaster nicht mehr erlauben. Deshalb bitten wir die Verwaltung, dem Verkehrsausschuss über die Kapazitäten und Auslastung des Schienenersatzverkehrs und vor allem über dessen Qualität bei der Information und Kommunikation zu berichten. Dass es am Anfang einer Sperrung nicht rund läuft, ist verständlich. Dass dieser Zustand aber bei längeren Sperrungen auch noch nach Wochen anhält, ist nicht akzeptabel. Zumal wir ohnehin das Gefühl haben, dass nicht alle Fahrgäste den Ersatzverkehr nutzen können oder wollen. Nur mit der Antwort „etwas Schwund ist immer...“ wollen wir uns nicht länger zufriedengeben.

Apropos Panoramabahn - die SPD-Fraktion unterstützt die Bemühungen der Geschäftsstelle, mit Land, Bahn und Stadt zu einer Übereinkunft zu kommen, die den langfristigen Erhalt und Betrieb dieser Bahnstrecke sicherstellt. Und damit meine ich ausdrücklich nicht als Strecke für den Notfall, sondern als Strecke für den tagtäglichen Bahnbetrieb, so wie die Schusterbahn oder die Teckbahn, die ja auch in regionaler Verantwortung betrieben werden.

Wir erwarten allerdings, dass sich unsere Projektpartner von Illusionen verabschieden, die keine Chance auf Realisierung haben. Und dazu gehört die Vorstellung des Verkehrsministers, eine unterirdische Ergänzungsstation bauen zu können. Dafür gibt es weder einen erkennbaren Bedarf, noch freie Kapazitäten auf den Zulaufstecken, noch eine Mehrheit in diesem Gremium oder im Stuttgarter Gemeinderat. Und er selbst hat seit bald zwei Jahren seine Hausaufgaben nicht

gemacht, die ihm die CDU im Koalitionsvertrag ins Stammbuch geschrieben hat. Und wenn man sein Lamentieren über die Regionalisierungsmittel richtig interpretiert, dann scheint er ja auch in Zukunft gar kein Geld mehr dafür zu haben, wenn er sogar damit droht, Züge abbestellen zu müssen. Eine Weisheit der Dakota-Indianer besagt: „Wenn Du bemerkst, dass Du ein totes Pferd reitest, steige ab.“ Wer wollte da widersprechen?

Die Verkehrswende ist jedoch nur ein Aspekt im Kampf gegen den Klimawandel. Es gibt die Energiewende, die Wärmewende, die Stromwende – nicht überall ist die Region gefordert, aber bei einigen Themen schon.

Dazu gehört, die klimaresiliente Entwicklung von Kommunen zu unterstützen. „Klima BB – Hinweise für die klimafeste Stadt- und Ortsentwicklung“ war in diesem Bereich aus unserer Sicht beispielgebend. Wir würden uns wünschen, dass dieses Vorgehen Schule macht und als Blaupause auf andere Landkreise übertragen wird. Gerade kleinere Kommunen sind mit einer solchen Aufgabe oftmals überfordert. Hier könnte das regionale Knowhow gewinnbringend eingesetzt werden und der Vernetzung dienen.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch die Frage, wie wir mit unseren Abfallstoffen umgehen. Wir sind der Meinung, dass die Entsorgung mineralischer Abfälle in Zukunft regionaler gedacht werden muss. Wir bitten deshalb die Verwaltung zu prüfen, wie sie sich als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger bei der Suche nach Standorten aktiver einbringen kann und die Entsorgung so regionaler gestaltet werden kann. Bei einem solchen Ansatz sollte dann ein Schwerpunkt auf das Thema Verwertung und Behandlung gelegt werden und die Standortsuche mit einem regionalen Planungsprozess begleitet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Uns und der Verwaltung stehen wie jedes Jahr anstrengende, aber auch spannende Wochen bevor. Wenngleich die Zahl der Anträge diesmal begrenzt ist, die behandelten Themen sind wie immer vielfältig. Die Herausforderungen für unsere Region sind groß und deren Ursachen liegen oftmals nicht in unserer Hand, wie das vergangene Jahr gezeigt hat. Ich komme noch einmal auf das Zitat von Willy Brandt vom Anfang meiner Rede zurück. Er fährt dann nämlich fort: „Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Die regionale Idee will Gutes bewirken - ich denke, dass wir uns da einig sind. Ob unsere Antworten auch immer auf der Höhe der Zeit sind, das werden nun die Haushaltsberatungen zeigen.